

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1915

204 (4.5.1915) Abend-Ausgabe

Badischer Beobachter

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei

Volkszeitung
Karlsruhe 1874

Fernsprecher 585

Ercheint während des Krieges an allen Werktagen in zwei Ausgaben — Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt vierteljährlich M. 2,70. Von der Reichspost für den Abzug abgeholt, monatlich 80 Pf. Auswärts (Deutschland) durch die Post M. 3,25 vierteljährlich ohne Bestellgeld, bei Vorauszahlung. Bestellungen in Oesterreich-Ungarn, Luxemburg, Belgien, Holland, Schweiz, Italien bei den Postämtern. Uebrigens Ausland (Weltpostverein) M. 9.— vierteljährlich durch die Reichspost. Bestellungen jederzeit, Abbestellungen nur auf Vierteljahrsfrist.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienkreis“
Wandkalender, Taschenfahrpläne usw.

Anzeigenpreis: Die nebenstehende kleine Zeile oder deren Raum 25 Pf. Reklamen 60 Pf. Platz-, Klein- und Stellen-Anzeigen 15 Pf. Platz-Vorbericht mit 20% Aufschlag. Bei Wiederholung entprechender Nachschlag nach Tarif. Bei Nichterhaltung des Zieles, Placierung, zwanngewisser Vertreibung und Kontroversen verfahren ist der Nachschlag hinfällig. Beilagen nach besonderer Vereinbarung. Anzeigen-Aufträge nehmen alle Anzeigen-Vermittlungsstellen entgegen. Schluß der Anzeigen-Aufnahme: Täglich vormittags 8 Uhr, bezw. nachmittags 3 Uhr. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße 42

Verlags- und Druckerei der „Badenia“, A.-G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe Albert Hofmann, Director

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Postzeitung: F. H. Meyer; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl
Sprechstunden: von halb 12 bis 1 Uhr mittags

Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Franz Pfeiffer in Karlsruhe

Weitere erfolgreiche Offensive in Flandern. Verfolgung der Russen und große Siegesbeute in Westgalizien. Bis jetzt über 30000 Gefangene.

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 4. Mai, vorm. (M.L.W. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:
In Flandern setzen wir unsere Angriffe von Norden und Osten mit großem Erfolge fort. Heute morgen fielen Ebenkerke, Sonnebeke, Westhoek, der Polgongeneveldwald, Ronne, Wosken — alle seit vielen Monaten heiß umkämpfte Orte — in unsere Hand. Der abziehende Feind steht unter dem Plankfeuer unserer Batterien nördlich und südlich von Ypern.

In den Argonnen versuchten die Franzosen nördlich von Le Four de Paris vergeblich einen von uns am 1. Mai eroberten Graben zurückzunehmen.

Die Artilleriekämpfe zwischen Maas und Mosel nahmen auch gestern ihren Fortgang.

Westlicher Kriegsschauplatz:
Die Zahl der in der Verfolgung auf Mitau gefangenen Russen ist auf über 4000 gestiegen. Gewante russische Angriffe südwestlich von Kalwarja wurden abge schlagen. 170 Gefangene blieben bei uns.

Gegenwärtig scheiterten russische Angriffe südlich von Augustow unter großen Verlusten für den Feind, der dort außerdem an Gefangenen 4 Offiziere, 420 Mann und 2 Maschinengewehre verlor.

Auch bei Jedwabno nördlich von Lomża wurde ein russischer Nachstangriff abge schlagen.

Südlicher Kriegsschauplatz:
Die Offensive zwischen Waldkarpaten und oberen Weichsel nahm guten Fortgang. Die Beute des ersten Tages beläuft sich auf 21000 Gefangene, 16 Geschütze, 47 Maschinengewehre und zur Zeit noch unübersehbare Kriegsgerät aller Art.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 4. Mai. (M.L.W. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart vom 4. Mai 1915 mittags: In treuer Waffenbrüderschaft haben Deutschland und Oesterreich-Ungarn verbündete Truppen einen neuen Sieg errungen. Die seit dem Rückzug der Russen nach unserer siegreichen Schlacht bei Zimanova in Westgalizien haltenden, stark befestigten feindlichen Fronten zwischen Weichsel und dem Karpaten-Hauptkamm wurden in ihrer ganzen Ausdehnung erobert. In Fortsetzung des Angriffs haben die österreichisch-ungarischen und die deutschen Streitkräfte auch gestern an der gesamten Front unter den Augen des Armeoberkommandanten, Feldmarschall Erzherzog Friedrich, neue Erfolge errungen, und haben starke russische Kräfte erneuert zum Scheitern gebracht.

Die Bedeutung des gesamten Erfolges läßt sich noch nicht annähernd überschauen. Die Zahl der bis heute gefangenen ist auf über 30000 gestiegen und nimmt ständig zu. In den abgebrochenen eroberten russischen Stellungen wurde eine Unmenge Kriegsmaterial erbeutet. 22 Geschütze und 64 Maschinengewehre sind bei der ersten Beute.

An allen übrigen Fronten ist die Situation im Großen unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der Sieg in Westgalizien.

Berlin, 4. Mai. Der Sieg der verbündeten Armeen auf dem westgalizischen Kriegsschauplatz wird von den Morgenblättern gewürdigt, indem sie den amtlichen Bericht der deutschen Heeresleitung und des österreichisch-ungarischen Generalstabes zusammenziehen.

Im Berliner Tageblatt sagt Major Morath: Wir dürfen den 2. Mai feiern als den Tag, welcher jähre Verteidigung und energischen Angriff durch einen Erfolg auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz krönt, der nur durch treuestes Zusammenwirken unserer verbündeten Heere gegen die russische Uebermacht der Zahl zu erringen war.

Die Kreuzzeitung äußert: Es handelt sich diesmal nicht um eine Vernichtungsschlacht ähnlich der Winterschlacht in Masuren, aber dennoch um einen Sieg, der für die endgültige Entscheidung bedeutsam werden kann. Wir müssen das der Zukunft überlassen.

Die Tägliche Rundschau bemerkt: In Blut und Feuer wurde wiederum die Bundesgenossenschaft Deutschlands und Oesterreich-Ungarns als etwas unüberbrücklich und unaufhörlich Gerliches bestätigt. Der Sieg am Dnaja bedeutet, daß die Zeit des Stillstehens im Stellungskampf vorüber ist und daß entscheidende Schlagen sich vorbereiten.

Die Vossische Zeitung schreibt: Wir hoffen, daß dieser Sieg denen zur Warnung dienen wird, die etwa das Gelingen tragen wollten, aus ihrer Neutralität herauszutreten, um mit den Verbündeten die Waffen zu freuen.

Wien, 4. Mai. (M.L.W. Nicht amtlich.) In Würdigung des großen Sieges der verbündeten Armeen in Westgalizien heben sämtliche Blätter die enge Waffenbrüderschaft hervor und betonen, daß der neue Sieg den Beginn einer neuen Phase des Krieges bedeute. — Das Wiener Tagblatt sagt u. a.: Der gewaltige Sieg bei vielleiht der wichtigste Erfolg des bisherigen Feldzuges in Galizien. Das Blatt weist auf die erfolgreiche Offensive der deutschen Truppen in Nordwestrussland hin. Das sei der Beginn der Frühjahrsoffensive der beiden gewaltigen Kaiserheere.

— Das Fremdenblatt betont, daß die Kunde von dem Durchbruch und dem Eindringen der russischen Front in Paris und London, die ohnedies stark gemindertem Erwartungen aus Russland bedeutend herabmindern werde. — Nach der Neuen Freien Presse handelt es sich zweifellos um eine großartige Aktion, deren Größe erst die Zukunft erkennen lassen werde. Der Sieg im Raum von Gorlice sei die militärische Ergänzung der siegreichen Karpatenschlacht.

Lyon, 4. Mai. Der Nouvelliste meldet: Dünkirchen wurde am Samstag und in der Nacht vom Samstag zum Sonntag wieder beschossen. Kurz nach 6 Uhr fielen sieben 305 Zentimetergranaten auf verschiedene Teile der Stadt. Ein deutsches Flugzeug überlag gleichzeitig die Stadt und gab Lichtsignale, um die Einschlagstellen der Geschosse anzuzeigen. Von 6.45 Uhr bis 7.30 Uhr fiel alle 5 Minuten eine Granate in die Stadt. Nachts wurde die Stadt zweimal beschossen. 47 Zivilpersonen wurden getroffen. Der Schaden soll groß sein.

London, 4. Mai. (M.L.W. Nicht amtlich.) Die letzte Verlustliste verzeichnet 200 Offiziere, die größte Zahl seit dem Kampf bei Neuve Chapelle, 111 Offiziere gehören der Territorialarmee an.

Petersburg, 4. Mai. (M.L.W. Nicht amtlich.) Njetch schildert die fürchterliche Wirkung der deutschen Luftbomben auf Wjelskoff, die viele Personen töteten, fast sämtliche Fensterböden zertrümmerten und einzelne Häuser in Asche legten, sowie die Wasserleitungen und die Synagoge beschädigten.

(Weitere Telegramme siehe 2. Seite.)

× Besteuerung der Kriegsgewinne.

Es ist offenbar ein Widerspruch: Um der Not des Vaterlandes willen opfern Hunderttausende nicht nur ihre wirtschaftliche Existenz sondern auch ihr Leben; aus der Not des Vaterlandes bereichern sich andere, gewinnen Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Mark. Mit elementarer Gerechtigkeit drückt sich in allen Kreisen des Volkes die Ueberzeugung Bahn, daß diese Kriegsgewinne in stärkerem Maße zur Deckung der Ausgaben des Reiches beizugehen werden müssen, als der Vermögenszuwachs in normalen Zeiten. Die Höhe der Gewinne allein schon würde eine stärkere Besteuerung rechtfertigen, die Zeiten aber in denen sie gemacht worden sind, macht die stärkere Besteuerung zu einer sittlichen Forderung begründet auf dem Gedanken der ausgleichenden Gerechtigkeit. Selbstverständlich machen sich gegen die stärkere Heranziehung der Kriegsgewinne auch Widerstände geltend, die sich sogar — wie es der internationale Kapitalismus gerne tut — noch ein Mäntelchen scheinheiliger Moral umhängen.

Zunächst: Welcher Gewinn soll getroffen werden? In der Nummer 199 dieser Zeitung sind die Gegenstände angeführt, die Bürgermeister Weihenborn-Golberstadt gegen eine Kriegsgewinnsteuer in der Straßburger Post und der Köln. Zeitung geltend macht. Er meint u. a.: „Schamlos höher, d. h. ein unmoralischer, in höherem Sinn unbilliger Gewinn soll getroffen werden, nicht ein nach anfänglichen kaufmännischen Grundfäden gerechtfertigter, wenn auch infolge der Kriegskonjunktur und großen Umfanges besonderer hoher Gewinn. Von solchen schamlos hohen Gewinnen eine Steuer zu nehmen, würde anrüchlich sein.“ Weihenborn schlägt deshalb vor, daß dem Reiche durch ein besonderes Gesetz ein „Recht auf Schadloshaltung im Wege der Nachprüfung der Lieferungsverträge“ gegeben werde. Das Bartgefühls gegen die „besonders hohen Gewinne“, die nach „anfänglichen“ „kaufmännischen Grundfäden“ gerechtfertigt sind, scheint mir hier doch zu groß zu sein! Weshalb sollen denn in aller Welt nicht auch die anfänglichen Gewinne besonders zur Steuer herangezogen werden? Was heißt übrigens nach „anfänglichen kaufmännischen Grundfäden“? Ich kenne keine Modifizierung dieser „anfänglichen“ Grundfäden, weiß nur, daß der als ein besonders hoher Kaufmann gilt, der aus der Konjunktur den größtmöglichen Gewinn zu schlagen weiß. Nein, nein: alle Gewinne, die während des Krieges gemacht worden sind und nicht nur die, die aus Heeresleistungen gemacht worden sind, sollten einer stärkeren Besteuerung unterworfen werden. Dagegen, daß die besonders unanständigen Gewinne auf „dem Wege der Nachprüfung der Lieferungsverträge“ eine entsprechende Kürzung erfahren, wird nichts einzuwenden sein. Nur muß ich diese Forderung neben der anderen — der Besteuerung aller Kriegsgewinne — aufstellen, sonst hat es den Anschein, daß sie nur aufgestellt worden ist, um die Verwirklichung der anderen zu verhindern. Dieser Ansicht wird noch dadurch bekräftigt, daß die Begründung der von Bürgermeister Weihenborn gemachten Vorschläge, die tatsächlich von einer Besteuerung der anfänglichen Gewinne nichts wissen wollen, besonders aus den Kreisen der an Kriegslieferungen beteiligten Industrie bestätigt worden ist.

„Wahrhaft kein Wunder!“
„Steuertechnische Schwierigkeiten“ für eine Besteuerung der Kriegsgewinne sind gewiß vorhanden, sie sind aber nicht unüberwindlich und können in keiner Weise von ausschlaggebender Bedeutung sein. Wenn wir den Begriff des „Kriegsgewinnes“ auf jeden während der Kriegszeit erworbenen Gewinn ausdehnen und nicht nur auf den unmittelbaren aus der Tatkraft des Kriegszustandes erzielten, so ist die Kriegsteuer sogar eine ziemlich einfache Sache. Die Ausdehnung des Begriffs wäre bei dem gewaltigen Einfluß, den der Krieg auf unser gesamtes Wirtschaftsleben ausgeübt hat, bei den engen Beziehungen, die durchweg zwischen dem Gewinn in der Kriegszeit und dem Kriegszustande selbst herrschen, durchaus gerechtfertigt. Doch wie könnte der Kriegsgewinn in diesem Sinne steuerlich erfasst werden? Im § 1 des Vermögenssteuergesetzes vom 3. Juli 1913 wird bestimmt, daß von dem Vermögenszuwachs eine Abgabe (Vermögenssteuer) erhoben wird. Der Vermögenszuwachs wird bemessen nach dem Zuwachs in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1916 (§ 18 des gen. Gesetzes). Das Vermögen jedes Einzelnen ist anlässlich des Wehrbeitrags nach dem Stand vom 31. Dezember 1913 festgestellt worden. Der Vermögenszuwachs von diesem Zeitpunkt

an bis nach Beendigung des Krieges könnte also leicht festgestellt werden — es müßte nur eine neue Erhebung mit Kriegsende veranlaßt werden. Mit Recht würde man aber einwenden — die Zeit, für die der Vermögenszuwachs festgesetzt werden soll, umfaßt dann aber auch 7 Monate der Friedenszeit (vom 1. Januar bis 31. Juli 1914)! das ist wohl richtig! Hier ist eine Fehlerquelle, die man zwar durch eine neue Erhebung des Vermögensstandes am 31. Juli 1914, unmittelbar vor Kriegsausbruch, ausgleichen könnte, der aber andererseits auch keine solche Bedeutung zukommt, daß sie unter allen Umständen berücksichtigt werden müßte. Von dem für die genannte Zeit festgestellten Vermögenszuwachs wäre eine mit dem Zuwachs stark progressiv ansteigende Steuer zu erheben; Säbe könnten bis 25 Prozent und mehr ansteigen. Das geschilderte Verfahren hätte den großen Vorzug, daß alle Gewinne, die während der Kriegszeit gemacht worden sind, steuerlich erfasst würden. Die Besteuerung von vornherein auf gewisse Kriegsgewinne zu beschränken, halte ich nicht für angängig. Die Gefahr wäre zu groß, daß sich mancher ansehnliche Vermögenszuwachs ihr entziehen könnte.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Das Reich wird zur Friedensarbeit gewaltige Geldmittel benötigen. Schon jetzt muß darauf gedrungen werden, daß sie in erster Linie da geholt werden, wo die größten Vermögen sind, daß sie auch da geholt werden, wo infolge des Krieges gewaltige Gewinne gemacht worden sind. Wenn das steuerliche Gewissen in Deutschland besser geschärft wäre, könnte man annehmen, daß die, die aus der Not des Vaterlandes so große Gewinne gezogen haben, sich zu einer Kriegsgewinnsteuer förmlich drängen würden. Doch davon ist natürlich nichts zu merken — im Gegenteil sehen jetzt schon Widerstände dagegen ein, wie aus dem oben besprochenen Vorschlag zur Genüge hervorgeht.

Ausland.

Frankreich.

Bestige Angriffe Clemenceaus gegen die Regierung.
Paris, 4. Mai. (M.L.W. Nicht amtlich.) Clemenceau veröffentlicht im L'Homme enchaîné eine Reihe von Artikeln, in denen er heftige Angriffe gegen Weihenborn und das Ministerium Viviani richtet. Er weist ihnen vor, daß sie in autoritären Geleisen beabsichtigen, sich der Kontrolle des Parlaments zu entziehen. (Schon möglich!) Die dem Triumphtraher Poincaré, Millerand und Viviani nahesteheude Presse habe mit allen Mitteln die Kontrolle des Parlaments bekämpft, und die Zensur habe allen Angriffen gegen das Parlament freien Lauf gelassen. Dagegen bestehe die Pressefreiheit für diejenigen nicht, die die Verfassung der Republik gegen die diktatorischen Bestrebungen einiger weniger verteidigen müßten. Jetzt beabsichtige man, anschließend wieder das Parlament auszuschalten. Man werde den Kammermitgliedern nicht vorzuschlagen, sich mit eigenen Händen zu erschlagen. Man werde sich bereit erklären, von dem Vorrechte, die Kammermitglieder für geschlossen zu erklären, keinen Gebrauch zu machen, sondern die Kammer lediglich zu vertagen, falls die Kammer sich verpflichtet, keine Sitzungen abzuhalten. Dies würde bei der gegenwärtigen inneren und äußeren Krise nichts anderes bedeuten, als der schlimmsten Katastrophe entgegen zu gehen. Die augenblickliche Regierung, die kaum ein inneres Gleichgewicht besitze, bedürfe umso mehr der parlamentarischen Kontrolle, als die ganze Existenz Frankreichs auf dem Spiele stehe. Die von dem Parlamente und den Ausschüssen geübte Kontrolle sei von größtem Nutzen für die Wohlfahrt des Landes. Als Mitglied des Heeresausschusses des Senats sei er (Clemenceau) zu dem Glauben berechtigt, daß die Mitglieder der Ausschüsse über die meisten Fragen besser unterrichtet seien, als die Mehrzahl der Minister. Man müsse hoffen, daß die Minister eine solche Unwissenheit nicht dazu benutzen wollten, um später die Verantwortung mit der Angabe abzuwehren zu können, sie hätten nichts gewußt. Wollte man unter solchen Umständen trotzdem die Sitzungen des Parlaments verhindern, so komme dies einem Staatsverrat gegen Frankreich gleich.

Chronik.

Baden.

Freiburg, 4. Mai. Ein 19jähriger Volksschüler stürzte auf dem Rämserplatz aus Unachtsamkeit zu Boden und zog sich dabei eine Verletzung am Kopf und eine Gehirnerschütterung zu, die den Tod des Knaben herbeiführten.

Sornberg (Schwarzwald), 4. Mai. Durch spielende Kinder wurde zwischen Sornberg und Gutach an der Sagen Markgrafenschanze ein Waldbrand verursacht, der ziemlich erheblichen Umfang annahm. Dank ausreichender Hilfe konnte das Feuer, noch bevor es den Hochwald erreicht hatte, eingedämmt werden.

Aus Baden, 4. Mai. Von dem Sonderhäuser Verband deutscher Studentengesangsvereine, der zu Beginn des Krieges 1200 studierende Mitglieder und

